

Wozu Bundeswehr?



Bundesfriedensgesellschaft



Europa abrüsten!



Bundesfriedensgesellschaft



Auslandseinsätze beenden!



Bundesfriedensgesellschaft



Konflikte zivil bearbeiten!



Bundesfriedensgesellschaft



Umstellung fördern!

Atomwaffen verschrotten!

Rüstungsexporte stoppen!

Wehrpflicht abschaffen!

Schritte zur Abrüstung!

- Ich möchte **kostenlose Infos erhalten** über die „Schritte zur Abrüstung“
- Ich habe den **elektronischen Newsletter** auf der Website www.schritte-zur-abruerstung.de abonniert und benötige keine weitere Info-Post.

- Ich möchte weiter ein- bis zweimal jährlich die **Info-Post** über die Schwerpunkte im Rahmen der „Schritte zur Abrüstung“ erhalten und überweise 5,- Euro für Porto, Druck- und Versandkosten an die *DFG-VK, Kto-Nr. 8104600, BfS Köln, BLZ 370 205 00.*

- Ich möchte **Mitglied** in der DFG-VK werden.

Ich möchte **Infos weitergeben** und bestelle folgende *Themenfaltblätter*:

- ... St. Schritte zur Abrüstung - kostenlos
- ... St. Wehrpflicht abschaffen! 5 St. 0,50 €
- ... St. Rüstungsexporte stoppen! 5 St. 0,50 €
- ... St. Atomwaffen verschrotten! 5 St. 0,50 €
- ... St. Umstellung fördern! 5 St. 0,50 €
- ... St. Konflikte zivil bearbeiten! 5 St. 0,50 €
- ... St. Auslandseinsätze beenden! 5 St. 0,50 €
- ... St. Europa abrüsten! 5 St. 0,50 €
- ... St. Wozu Bundeswehr? 5 St. 0,50 €

zuzüglich 2,50 € Versandkosten pro Bestellung

Datum und Unterschrift

Friedenspolitik braucht Organisation

Eine Politik der Abrüstung und zivilen Konfliktbearbeitung wird nicht vom Himmel fallen. Dafür braucht es Friedensorganisationen, die von staatlichen Mitteln und Interessen wie auch von Parteien und deren Machtkalkül unabhängig sind. Nur Friedensorganisationen mit fester Mitgliedschaft, festen Strukturen und eigenen Finanzmitteln können kontinuierlich auf die öffentliche Meinung Einfluss nehmen und ein Gegengewicht setzen zur Lobby der Militär- und Kriegsbefürworter. Es reicht nicht, erst dann zu protestieren, wenn wieder ein Krieg im Gange ist. Die Mitglieder der DFG-VK haben die Grundsatzklärung der Internationale der Kriegsdienstgegner (War Resisters' International WRI) unterschrieben:

„Der **Krieg** ist ein **Verbrechen** an der **Menschheit**. Ich bin daher entschlossen, **keine Art von Krieg** zu unterstützen und an der **Beseitigung aller Kriegursachen** mitzuwirken.“

Mehr Infos im Internet:
www.dfg-vk.de, www.schritte-zur-abruerstung.de

Dieses Faltblatt wird herausgegeben von der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Kasseler Str. 1 a, 60486 Frankfurt/M. in Zusammenarbeit mit dem Helmut-Michael-Vogel-Bildungswerk, Schwanthalerstr. 133, 80339 München und mit Unterstützung der Bertha-von-Suttner-Stiftung, Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund sowie des Jugendclubs Courage.
Text: Joachim Schramm (V.i.S.d.P.), Kai-Uwe Dosch
Redaktion und Layout: Kai-Uwe Dosch

Wir bitten um Spenden zur Finanzierung wissenschaftlicher Projekte an die Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, Kto.-Nr. 817 46 07, Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ 370 205 00. Spenden sind steuerlich absetzbar.

den Einsätzen im In- und Ausland, sondern auch auf der Ausbildung, Lobbying und Öffentlichkeitsarbeit. Dazu ist dem forumZFD auch die Zusammenarbeit mit und Förderung durch staatliche Stellen wichtig. (www.forumzfd.de)



Vom Militär gebaute Schule in Afghanistan – ein Feigenblatt! (NATO)

Alle deutschen Träger des Zivilen Friedensdienstes zusammen haben in den letzten zehn Jahren über 350 Friedensfachkräfte in über 180 Projekte in über 40 Ländern der Welt entsendet. Das forumZFD selbst führt derzeit mehrere Einsätze im Nahen Osten (zur Förderung der Verständigung zwischen Israelis und Palästinensern) und im westlichen Balkan (zur Nachsorge der Kriegsfolgen) durch.

Aktiv werden für nicht-staatliche ZKB!

Es gibt drei Arten des Engagements für ZKB. Der wichtigste Einsatz ist auch der schwierigste: Der Friedensdienst benötigt natürlich Friedensfachkräfte, die sich persönlich ausbilden und entsenden lassen. Eine Ausbildung bietet zum Beispiel die Akademie für Konflikttransformation des forumZFD an, ein möglicher Einsatz fände zum Beispiel beim NP-Pilotprojekt in Sri Lanka statt. Doch für diesen „Job“ sind klare Voraussetzungen zu erfüllen. So sollten Interessenten beruflich vorqualifiziert sein. Erwartet wird von den Bewerbern ein gefestigtes Persönlichkeitsbild. Außerdem müssen sie teamfähig sein, Fremdsprachen beherrschen und möglichst Erfahrungen mit anderen Kulturen haben sowie ein Mindestalter erreicht haben.

Neben dem direkten Einsatz ist auch politisches Engagement zwingend notwendig. Sowohl der weiteren Öffentlichkeit als auch der Politik selbst ist das Potenzial der ZKB nicht bekannt und bewusst genug. Kleine Gruppen vor Ort können also entweder verschiedene Veranstaltungen organisieren, um dies zu bewerben. Oder sie können auch aktives Lobbying betreiben, um

die Abgeordneten ihres Wahlkreises zur Unterstützung zu gewinnen. (s.a. www.vorrang-zivil.de)

Schließlich bleibt jenen, die weder das eine noch das andere realisieren können, die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung. So kann man mit Hilfe anderer Sponsorenläufe organisieren oder aber direkt spenden bzw. Fördermitglied werden.

ZKB als Alternative zu Krieg und Gewalt!

2004 hat noch die rot-grüne Koalition ein Gesamtkonzept und einen Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ verabschiedet. Die nachfolgende Große Koalition hat bis 2009 zwei Berichte zur Umsetzung dieses Aktionsplans vorgelegt. Sie sagt, dass dies „zentrale Politikfelder für die Bundesregierung“ sind. Die Kohärenz und Koordination aller beteiligten Ministerien, Gruppierungen und Regierungen soll gefördert werden. Leider wird Militär weiter als Bestandteil dieses Gesamtkonzeptes gesehen. Rechtswesen und Gesellschaft werden als wichtige Handlungsfelder, nichtstaatliche Organisationen als wichtige Akteure im Aktionsplan benannt. Es werden Infrastruktur und Instrumente zum Beispiel bei der Polizeihilfe oder der Friedensdienstausbildung entwickelt. So wird auch die Qualifizierung und Entsendung durch staatliche und nichtstaatliche Organisationen wie Deutscher Entwicklungsdienst und forumZFD gefördert.

Dies ist eine Veränderung gegenüber Zeiten, in denen Alternativen zum Militär schlichtweg geleugnet wurden. Doch wäre es eine *Vorspiegelung falscher Tatsachen*, von einer Trendwende zu sprechen. Letztendlich entscheidend sind die eingesetzten Finanzmittel und sie sprechen eine deutliche Sprache: Für jeden Euro für den Zivilen Friedensdienst gibt der Bund 1000 Euro für Militär aus!

Ein weiterer entscheidender Kritikpunkt ist die *Vermischung von militärischen und zivilen Maßnahmen und Instrumenten*. Diese werden nicht als konkurrierende, sich gegenseitig ausschließende Instrumente betrachtet. Zivile Konfliktbearbeitung soll dann zum Einsatz kom-

men, wenn das Militär seine Arbeit verrichtet hat und keine Mittel mehr weiß, den Konfliktparteien den Weg in eine friedliche Zukunft zu weisen. ZKB droht damit zum Lückenbüßer für die mangelnden Fähigkeiten des Militärs zu werden. So kann es nicht funktionieren!

Zentrale Voraussetzung für ZKB ist die Vertrauensbasis zu den Konfliktparteien. Wie sollen Aktionen der ZKB aus einem Land auf Vertrauen stoßen, das kurz zuvor zumindest eine Konfliktpartei noch mit Militär bekämpft hat? Die wenigen vom Staat finanzierten Einsätze Ziviler Friedensfachkräfte stehen auf verlorenem Posten, da sowohl ausreichend Geld als auch der ernsthafte staatliche Wille fehlt, hier alternative Wege zu gehen.

Forderungen der DFG-VK

Für die *Zukunft der Zivilen Konfliktbearbeitung* heißt das, sich nicht auf den Willen von Parteien zum Wandel zu verlassen. Friedens-, entwicklungspolitische und globalisierungskritische Gruppen müssen selbst ihre Konzepte weiterentwickeln und weiter eigenständige Einsätze in Krisenregionen durchführen. *Dabei kann sie jeder Einzelne finanziell und durch Mitarbeit unterstützen!*

Ohne einen Wandel staatlicher Politik allerdings, ohne „Schritte zur Abrüstung“ gibt es langfristig keine effektive Zivile Konfliktbearbeitung:

- Die ZKB muss eindeutigen Vorrang vor militärischen Aktionen bekommen. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind einzustellen.
- Die Mittel für ZKB müssen drastisch erhöht werden, zu Lasten des überdimensionierten Rüstungsetats.
- Die Bundesrepublik muss sich aktiv für den Vorrang ziviler Maßnahmen und Strukturen im internationalen

Maßstab einsetzen, in der EU, bei der OSZE und der UNO.

- Staatliche Hilfe für ZFD-Maßnahmen muss ohne Einschränkungen durch tagespolitische Regierungsvorbehalte gewährt werden.



Konflikte zivil bearbeiten!



Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
DFG-VK

Gewalt löst keine Probleme – Konflikte zivil bearbeiten

Für die Kriegseinsätze der westlichen Industriestaaten werden immer neue moralische Rechtfertigungen vorgebracht. Doch diese greifen nicht. Krieg bleibt ein Verbrechen:

- Die Militäreinsätze fordern jeweils zahllose Opfer, vor allem unter der Zivilbevölkerung.
- Andere Kriegsziele stehen hinter den vorgebrachten. Die moralische und auch rechtliche Legitimität dieser Kriege ist nicht vorhanden.
- Die notwendig anzustrebenden Ziele werden mit den Militäreinsätzen nie erreicht: Im Irak wurde keine demokratische Regierung an die Macht gebracht, in Bosnien und Kosovo kein Weg zu einem neuen friedlichen Miteinander gefunden und auch der „Krieg gegen den Terror“ hat die Motive und Ursachen von Terroraktionen nicht beseitigt.

Die Ursachen, die zu Bürgerkriegen, zu Menschenrechtsverletzungen und zu Terror führen, können nicht mit Gewalt beseitigt werden. Seit Jahren sind vielfältige Instrumente und Methoden einer „Zivilen Konfliktbearbeitung“ entwickelt und praktisch angewendet worden.

Auseinandersetzungen zwischen und auch innerhalb von Staaten haben ihre jeweiligen Ursachen, die nur in einem längeren Prozess beseitigt werden können. Hier setzt die Zivile Konfliktbearbeitung an. Kurzfristig geht es darum, bei Konflikten die Gewaltanwendung zu verhindern bzw. wieder einzudämmen. Es geht darum, den Konfliktparteien nicht-militärische Möglichkeiten aufzuzeigen, wie sie ihre Konflikte auf einer zivilen Ebene austragen können.

Dies setzt einen durchschaubaren Prozess von Vertrauensbildung voraus, die Nachvollziehbarkeit einzelner Schritte durch die Konfliktparteien, eine neutrale Vermittlung durch Dritte. All das kann Militär nicht leisten. Waffengewalt



Wahlbeobachtung wie hier in Mazedonien schafft Vertrauen. (OSZE)

zerstört Vertrauen, teilt in Sieger und Verlierer, bewahrt Hass und Misstrauen, die bei nächster Gelegenheit wieder gewaltsam zum Ausbruch kommen.

Zivile Konfliktbearbeitung - was ist das?

Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) ist eine Einflussnahme dritter Parteien in Krisen und Konflikte, sowohl zwischen Staaten als auch innerhalb einzelner Länder. Damit sollen die Konflikte eingegrenzt und Voraussetzungen für eine zivile Austragung oder Beilegung geschaffen werden. Dabei wird auf verletzende und tötende Gewalt verzichtet. Mittelfristiges Ziel ist eine „Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen“:

Der Aufbau von demokratischen politischen und sozialen Institutionen, die Probleme bearbeiten und durch wechselseitige Information, Vermittlung und Dialog dazu beitragen, Kompromisse und Übereinkünfte zu erzielen.

Die Instrumente der Zivilen Konfliktbearbeitung unterscheiden sich zum einen nach ihrer Aufgabenstellung:

- Wenn möglich, sollen Konflikte im Vorfeld, also *präventiv*, eingegrenzt werden.

Methoden: Präventive Diplomatie, Beobachtung von Konfliktereignissen zur Gewaltein-schränkung, Vermittlung, Bildung von Pufferzonen, Begleitung von bedrohten Personen oder Organisationen.

- Ist ein Konflikt bereits eskaliert, geht es um die Senkung des Gewaltniveaus, die *Deeskalation*.

Methoden: Vermittlung, Vereinbarung und Überwachung von Waffenstillständen, Embargos als Druckmittel oder – als Gegenteil - positive Hilfsangebote für den Fall einer Einigung.

- Anschließend geht es um die *Nachsorge*, die Schaffung von Voraussetzungen zur zivilen Konfliktaustragung und Versöhnung in der Gesellschaft.

Methoden: Aufbau zivilgesellschaftlicher Netzwerke und Strukturen, wirtschaftliche Hilfe, Flüchtlingshilfe, Trainings in Gewaltfreiheit, Prozesse der Begegnung und Versöhnung, Wahl- und Menschenrechtsbeobachtung.

Ziel aller Maßnahmen ist es, das Gespräch und die Verhandlung zwischen den Konfliktparteien wieder möglich zu machen. Dies gilt sowohl für die Ebene der Führungsschicht der Konfliktparteien als auch für die einfachen Menschen beider Lager.

Staatliche und nicht-staatliche Formen der ZKB

Staatliche Formen der ZKB wenden bisher vor allem die UNO und - in Europa – die OSZE an. Aber auch einzelne Staaten können Instrumente der ZKB nutzen. Zu diesen Instrumenten gehören solche, die auch bei den Konfliktparteien die staatliche Ebene betreffen: Beobachtungsmissionen oder die Organisation vertrauensbildender Maßnahmen, die Durchführung von Verhandlungen und Runden Tischen. Fehlt bei den Konfliktparteien die Bereitschaft zur Entspannung, kann durch ein gezieltes Embargo Druck ausgeübt oder durch positive Hilfsangebote ein Anreiz geschaffen werden.

Solche durchaus erfolgreichen Missionen z.B. im krisengeschüttelten Gebiet der aufgelösten UdSSR leiden unter chronischem Geldmangel. Deutschlands Beitrag zur OSZE etwa entspricht dem Gegenwert von drei Panzern, von denen die Bundeswehr Tausende besitzt! Außerdem werden solche Missionen nur dann durchgeführt, wenn es den mächtigen Mitgliedsländern ins Konzept passt.

Um diese staatliche Manipulation zu umgehen, haben nicht-staatliche Organisationen der Friedens-



Verhandlungen sind z.B. auch im Darfur-Konflikt notwendig. (UNO)

und Menschenrechtsbewegung eigene Aktionen Ziviler Konfliktbearbeitung gestartet. Sie haben häufig bessere Möglichkeiten als Staaten.



Begleitung gefährdeter Aktivisten als Prävention. (pbi)

Organisationen der nicht-staatlichen ZKB

Nonviolent Peaceforce (NP) ist eine 2002 gegründete, von 85 Mitgliedsgruppen aus allen Kontinenten getragene internationale Organisation. NP will größere Teams mit ausgebildeten Friedensfachkräften aus der ganzen Welt auch in akuten Konflikten nicht nur zur Gewaltvermeidung, sondern auch zur Unterstützung lokaler Friedensgruppen und zur Deeskalation durch Dialog einsetzen. (www.nonviolent-peaceforce.de)

Das wichtigste Projekt läuft in Sri Lanka, das seit 1983 von einem Bürgerkrieg zerrissen wird. Es wird von mehr als 50 lokalen und internationalen Friedensfachkräften getragen, die in einigen der am schwersten betroffenen Gebieten im Osten und Norden des Inselstaats eingesetzt sind.

peace brigades international (pbi) ist eine ähnliche internationale Organisation, die schon 1981 gegründet wurde und von Einzelmitgliedern in 18 Ländern getragen wird. pbi beschränkt sich auf kleinere Freiwilligen-Teams und auf die gewaltverhindernde Begleitung gefährdeter lokaler AkteureInnen in der Menschenrechts- und Friedensarbeit. (www.pbideutschland.de)

Ein regionaler Fokus der Projekte liegt auf Lateinamerika (Mexiko, Guatemala und Kolumbien). In Mexiko ist pbi in den Bundesstaaten Chiapas, Oaxaca und Guerrero aktiv. In Guatemala gab es schon von 1983 bis 1999 und wieder seit 2003 Einsätze. In Kolumbien arbeiten 40 Freiwillige aus vielen Ländern in 4 Teams.

1996 gegründet und von Gruppen und Einzelnen getragen, ist das *Forum Ziviler Friedensdienst (forumZFD)* eine entsprechende deutsche Organisation für Friedensfachdienste. Sein Schwerpunkt liegt nicht nur auf

Schritte zur Abrüstung



Krieg ist wieder ein Mittel der Politik geworden. Krieg ist aber die falsche Antwort auf Terrorismus und andere Bedrohungen. Militär löst keine Konflikte.

Notwendig ist die Bearbeitung und Lösung von Konflikten mit gewaltfreien und zivilen Mitteln.

Daher fordern wir als **Schritte zur Abrüstung:**

- Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr
- Eine deutliche Verkleinerung der Bundeswehr und die Abschaffung der Wehrpflicht
- Abzug aller Atomwaffen aus der BRD
- Kürzung der Rüstungsausgaben um mindestens 5 % jährlich
- Stopp aller Rüstungsexporte
- Förderung ziviler Konfliktbearbeitung und der Friedensforschung mit 500 Mio. Euro jährlich
- Entmilitarisierung der Europäischen Union

Hiermit erkläre ich meine Zustimmung zu den Forderungen. Mit der Veröffentlichung meines Namens/meiner Funktion bin ich einverstanden/nicht einverstanden (Unzutreffendes streichen).

Name:

Funktion:

Straße:

PLZ, Ort:

Datum, Unterschrift:

Weitere Informationen:
www.schritte-zur-abruestung.de

Info-Scheck

Bitte im frankierten Briefumschlag einsenden!

DFG-VK

Materialversand

Haußmannstr. 6

70188 Stuttgart

Absender/in:

Name:

Straße:

PLZ/Ort:

Telefon/E-Mail:

Ich möchte **kostenlose Infos erhalten** über...

die Organisation **DFG-VK**

Zivilcourage, die Zeitschrift der DFG-VK